



Themenschwerpunkte 2011

Im Wahljahr 2011: Berliner Wirtschaft neuen Schwung verleihen!

Das Jahr 2011 bringt wieder viele Herausforderungen – und auch viele Chancen. Und Dennoch wird dieses Jahr anders sein, denn Berlin wählt für die nächsten fünf Jahre eine neue Regierung. Egal welcher Couleur – immer werden der Wohlstand Berlins und seine kulturellen, sportlichen oder touristischen Möglichkeiten von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Gute Politik wird daher auch gute Wirtschaftspolitik sein müssen.

Und der Handlungsdruck ist groß: Berlin weist nach wie vor die höchste Arbeitslosenquote im Bundesvergleich und eine zu geringe Wertschöpfung auf. Der Schuldenstand im Berliner Haushalt beläuft sich auf mittlerweile 63 Milliarden Euro. Damit sind die politischen Handlungsspielräume stark eingeengt. Für die passenden Lösungen dieser Probleme muss Politik schnell die richtigen wirtschaftspolitischen Ideen und Rezepte finden. Sie muss sich vor einer Entscheidung mit deren Langzeitwirkungen und auch mit den nicht sofort ins Auge springenden indirekten Folgen befassen. Sie muss auch die Auswirkungen ihrer Leitlinien und Einzelentscheidungen auf alle gesellschaftlichen Gruppen betrachten und einseitige Begünstigungen auf Kosten anderer vermeiden.

An dieser Herkulesaufgabe will sich die Berliner Unternehmerschaft beteiligen. Sie will die Dynamik des Wahlkampfes nutzen, um der Berliner Wirtschaft gemeinsam mit der Politik neuen Schwung zu geben.

Als Interessenvertretung von 260.000 Berliner Unternehmen wird die IHK Berlin daher:

- allen Parteien einen offenen Dialog anbieten, in den sie den geballten unternehmerischen Sachverstand der Berliner Unternehmen einbringen wird.
- die Vorschläge der politischen Kandidaten im Vorfeld der Wahlen auf den Prüfstand stellen und – wenn gewünscht konstruktiv begleiten.
- gemeinsam mit der Handwerkskammer Berlin im Frühsommer 2011 die „Wahlprüfsteine“ – den zentralen wirtschaftspolitischen Kompass – vorlegen, an dem die Politik gemessen wird.
- im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen über die größten Herausforderungen zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Haushalt und Finanzen, Wissenschaft und natürlich Wirtschaft diskutieren und die Forderungen der Berliner Wirtschaft präsentieren.

Fachkräfte sichern: Bilden, beschäftigen und integrieren

Der Wettlauf hat begonnen: Weniger Bewerber auf mehr Ausbildungsplätze, weniger kluge Köpfe, aber mehr freie Stellen. Und die Konkurrenz wächst – auch außerhalb Berlins. Politik und Wirtschaft sollten dieses Wettrennen um die besten Köpfe und die größten Potentiale gemeinsam bestreiten und gewinnen. Stellschrauben hierfür gibt es viele:

- Verbesserungen an allen Gliedern der Bildungskette, damit dann besser ausgebildete junge Menschen die Schulen und Hochschulen verlassen.
- Mehr Effizienz im Bildungssystem – Stichworte sind hier die gezielte Nutzung der frühkindlichen Bildungsphase und größere Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung.
- Entschlossenerer Nutzung bisher brachliegender Potentiale – stärker in den Blick rücken so zum Beispiel Arbeitnehmer ohne beruflichen Abschluss, junge Menschen im sogenannten Übergangssystem oder Menschen mit Migrationshintergrund ohne nationalen Berufsabschluss.
- Intensivere Weiterqualifizierung
- Gezielte Strategien entwickeln, um Fachkräfte in Berlin zu halten beziehungsweise nach Berlin zu locken.

Die IHK Berlin wird daher:

- ihr Engagement in der frühkindlichen Bildung beim Projekt „Haus der kleinen Forscher“ fortführen.
- das Duale Lernen an den allgemeinbildenden Schulen weiter unterstützen: unterande-

rem durch intensiviertere Anbahnung von Schulpartnerschaften, das Einwerben von Praktikumsplätzen, einen Onlinetest mit IHK-Bescheinigung für Wirtschaftswissen sowie das Angebot an Schulen, onlinebasierte Kompetenzchecks durchzuführen.

- bei ihren Mitgliedern verstärkt für das Instrument der Einstiegsqualifizierung werben, um deutlich mehr Jugendliche mit Startschwierigkeiten als bisher über dieses Angebot in eine reguläre duale Ausbildung zu bringen.
- daran arbeiten, das „Matching“ zwischen ausbildungswilligen Jugendlichen und Betrieben zu verbessern, unter anderem durch Ausbau der „Passgenauen Vermittlung“ sowie einen „Tag der Ausbildungschance“ im Sommer.
- in den Unternehmen für die Weiterentwicklung ihrer Mitarbeiter durch gezielte und auf die Unternehmensstrategie abgestimmte Weiterbildung werben.
- Berliner Unternehmen bei der Sicherung des akademischen Nachwuchses durch eine hochschulübergreifende Praktikantenbörse, durch einen Leitfaden mit Praxistipps für die Ansprache von Studierenden und Absolventen sowie durch die Kommunikation von Karrieremöglichkeiten in Berliner Unternehmen gegenüber Studierenden unterstützen.
- für eine Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für qualifizierte Zuwanderer werben sowie ein aktives Standortmarketing einfordern, das qualifizierte Fachkräfte gezielt anspricht.



Dieter Mießen

Frisch und Faust Tiefbau GmbH

„We want you – richten wir als Botschaft an die Jugendlichen und Schulabgänger, aber auch an die schon ausgebildeten Fachleute. In der Region werden wir alle – auch die zukünftigen – Fachkräfte dringend brauchen.“

Green Economy: Weichen für eine nachhaltige Wirtschaft stellen

Wer hätte gedacht, dass sich Umweltschutz, moderne Technik und gewinnorientiertes Handeln einmal so elegant und wohlklingend als „Green Economy“ vereinen und so schnell zu einer erfolgreichen „Geschäftsidee“ für die Berliner Wirtschaft werden. Wirtschaft und Politik müssen die Green Economy jetzt durch eine intelligente Verzahnung von Wirtschafts-, Umwelt-, Forschungs- und Innovationspolitik zu einem echten Markenzeichen für Berlin machen.

Das Ziel ist klar: es gilt, die Potenziale Berlins in den Leitmärkten der Umweltwirtschaft und in der Wissenschaft zu erschließen.

Dazu braucht es:

- einen intelligenten Ordnungsrahmen, der Wettbewerb sichert und freiwilligen Vereinbarungen den Vorrang vor verpflichtenden Regelungen gibt.
- neue Finanzierungsinstrumente, um innovative Umwelttechnologien und energetische Sanierungsmaßnahmen anzureizen.
- mehr Flächen für die Entwicklung Berlins als Industriestandort.
- mehr hochqualifizierte Fachkräfte, die in Berlin bleiben oder sich hier niederlassen.

Die IHK Berlin wird daher:

- die Profilierung der Umweltindustrien als zusätzlichen Schwerpunkt im Steuerungskreis Industriepolitik des Regierenden Bürgermeisters auf die Tagesordnung setzen und sich für eine koordinierende „Task Force Green Economy“ stark machen.

- für einen technologieoffenen, langfristig planbaren Ordnungsrahmen in der Klimapolitik eintreten, insbesondere bei der Diskussion um Energiekonzept und Klimaschutz.
- mit dem „Dialogforum Green Economy“ eine Plattform für den branchenübergreifenden Wissenstransfer „grüner“ Technologien etablieren, Best Practices für nachhaltiges Wirtschaften identifizieren und das unternehmerische Netzwerk in diesem Bereich stärken.
- einen politischen Maßnahmenkatalog für die Stärkung des Wachstumsmarktes „Rohstoffproduktivität und Kreislaufwirtschaft“ erarbeiten.
- ihr Energieeffizienz-Coaching für Berliner Unternehmen weiter ausbauen.
- beim „Stadtvertrag Klimaschutz“ Aktionen zum Klimaschutz und zur Energieeffizienz in den Bereichen Strom und energetische Gebäudesanierung starten und durch eine Beratungsoffensive begleiten.
- aktiv die Kooperation der Regionen Berlin und Hamburg im Bereich von Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie sowie Elektromobilität unterstützen.



Dagmar Vogt

vogt group SE

„Innovative Unternehmen und eine exzellente Wissenschaft sind Berlins Zukunft. Bei Umwelttechnologien und Energieeffizienz spielen wir diese Stärken bereits gut aus, aber: im Wettbewerb der Green-Economy-Standorte zählt für Berlin nur ein Spitzenplatz. Für dieses Ziel brauchen wir einen verlässlichen politischen Fahrplan mit einer klaren Botschaft: Klimaschutz, Ressourcenschutz und wirtschaftliches Wachstum funktionieren nur miteinander!“

Daseinsvorsorge: Wettbewerb bringt Berlin weiter

Konkurrenz belebt das Geschäft. Wer wollte das bezweifeln? Was für den Einzelhändler oder Hotelier sein „täglich Brot“, soll bei dem Geschäft mit Strom, Müll, Wohnraum oder Nahverkehr jedoch nicht gelten? In Berlin droht der Wettbewerb in diesen Bereichen durch die Verstaatlichung von Aufgaben ausgeschaltet zu werden.

Konkurrenz belebt das Geschäft – weil alle Marktteilnehmer ständig das Verhältnis von Nutzen und Aufwand verbessern. Die Leistungen für die Bürger werden besser und billiger und der prekäre Haushalt Berlins wird nicht zusätzlich durch defizitäre Staatsunternehmen belastet. Der Schlüssel zu besserer Leistung und Innovationsfreude bei gleichzeitig günstigen Preisen heißt: Wettbewerb in der Daseinsvorsorge.

Die IHK Berlin wird daher:

- die Risiken von „Rekommunalisierungen“ im Land Berlin in Gesprächen und parlamentarischen Abenden mit der Politik aufzeigen, insbesondere im Dialog mit finanz- und wirtschaftspolitischen Sprechern der Parteien.
- im ersten Halbjahr 2011 jeden Monat einen konkreten Forderungskatalog für mehr Wettbewerb beziehungsweise mehr Effizienz in einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge präsentieren.
- sich im Öffentlichen Personennahverkehr für eine schrittweise Liberalisierung des Nahverkehrs und eine zeitlich gestaffelte Ausschreibung des S-Bahn-Betriebs einsetzen.

- vorrechnen, dass wettbewerbsfähige Wasserpreise durch den Verzicht auf Grundwasserentnahmeentgelt und Landesgewinnanteil und ein modernes Tarifsysteem erzielbar sind.
- für eine stärkere Öffnung des Wettbewerbs in der Abfallwirtschaft durch Vergabe an private Unternehmen werben und dies im Dialog mit der Politik einfordern.
- der Schaffung eines kommunalen Energieversorgers entschlossen entgegenzutreten und aufzeigen, dass die Fortführung des Konzessionsmodells eine Win-Win-Situation ist.
- auf Privatisierungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften drängen.
- eine effizientere Aufgabenerfüllung in der Gesundheitsversorgung einfordern und nach einem Jahr Bilanz der bereits eingeleiteten, engeren Verzahnung zwischen Charité und Vivantes ziehen.



Hans-Jörg Schulze

BBS Berliner Bären Stadtrundfahrt GmbH

„Berlin hat kein Geld und schon genügend Sorgen mit seinen landeseigenen Unternehmen. Statt sich Verstaatlichungsphantasien hinzugeben, muss der Wettbewerb in der Daseinsvorsorge stärker geöffnet und gefördert werden.“

Verkehrsinfrastruktur voranbringen: Fahrplan für die Zukunft

20 Jahre nach der Wiedervereinigung mag man denken, Berlin sei fertig. Aber weit gefehlt, viele Verkehrsprojekte sind noch nicht einmal ernsthaft geplant, geschweige denn verwirklicht worden. Dieses Vorgehen spielt mit der Zukunft der Stadt.

Aber auch ein Blick in die Gegenwart zeigt: Loch an Loch – so sehen viele Berliner Straßen aus. Die jahrelange Vernachlässigung der Infrastruktur hat die Verkehrswege vergammeln lassen. Inzwischen hat sich ein Sanierungsbedarf von rund 500 Millionen Euro im Berliner Straßennetz aufgestaut – das kann man nicht mehr aussitzen!

Daher gilt:

- Planungslücken schließen!
- Straßenlöcher stopfen!

Die IHK Berlin wird daher:

- die Broschüre „Plädoyer für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur“ aus dem Jahr 2004 erweitern und konkretisieren und durch medienwirksame Veranstaltungen ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Infrastrukturentwicklung forcieren.
- die Verdopplung der jährlichen Straßenunterhaltungsmittel einfordern sowie auf zusätzliche Gelder für die Grundsanierung der vorhandenen Infrastruktur drängen.
- den Ausbau wichtiger Verkehrsadern der Stadt fordern und die Weiterführung der Stadtautobahn A 100 nach Treptow und die schnelle Realisierung der Tangentialverbindung Ost (TVO) forcieren.

- geplante Verkehrseinschränkungen und Infrastrukturrückbauten bekämpfen und wie bei den Vorhaben am Molkenmarkt und in der Gertraudenstraße auf ein verkehrspolitisch vernünftiges Maß achten.
- auf die Vervollständigung des Pilzkonzeptes für den Eisenbahnknoten Berlin drängen und die Realisierung der Dresdner Bahn sowie den Planungsbeginn für den Ausbau der Nordbahn vorantreiben.
- den Berliner Stadtentwicklungsplan Verkehr 2011 kritisch begleiten, auf eine wirtschaftsfreundliche Priorisierung der Infrastrukturvorhaben hinwirken und für ein Reisebuskonzept für die gesamte Innenstadt streiten.
- eine leistungsfähige Verkehrsanbindung des Airport BBI einfordern, mit den Berliner Verkehrsverbänden ein Konzept für die Business Aviation erarbeiten und dessen Umsetzung sowie optimale Rahmenbedingungen für die ILA einfordern.

Olaf Bienek

Kunzendorf Spedition GmbH

„Der Ausbau der Berliner Verkehrsinfrastruktur ist noch lange nicht zu Ende. Es bleibt noch eine Menge zu tun, will Berlin wettbewerbsfähig sein. Neben der Stadtautobahn A 100 muss auch die TVO, die direkte Verbindung von Köpenick nach Marzahn, angepackt werden. Straße allein reicht aber nicht, auch der Eisenbahnknoten Berlin muss mit Dresdner Bahn und Nordbahn endlich fertig werden.“

Berliner Außenwirtschaft: Hinter'm Horizont geht's weiter!

Berliner Produkte „erobern“ die Welt, oder anders ausgedrückt: Das durchschnittliche Jahreswachstum des Berliner Außenhandels stieg in den letzten 20 Jahren um rund 2,5 Prozent, in den letzten 10 Jahren sogar um fast 5 Prozent. Zwischen 1991 und 2009 stiegen die Berliner Exporte um 70 Prozent – 2009 lagen sie immer noch um 45 Prozent höher als 1991.

Was sind interessante Märkte für Berliner Unternehmen? Gerade auch in der Krise hat sich neben den Boommärkten in Asien wie China und Indien, die arabische Welt – und hier besonders die Golfstaaten – als zukunftsweisend erwiesen. Dort liegen Chancen für mittelständische Unternehmen, etwa in der Verkehrs- und Energieinfrastruktur sowie der Gesundheitswirtschaft.

Ziel ist: die Berliner Wirtschaft in einer globalisierten Welt internationaler aufzustellen.

Die IHK Berlin wird daher:

- politisch flankierte Unternehmerreisen nach Saudi-Arabien, Russland und Indien sowie in andere Zukunftsmärkte organisieren.
- branchenbezogene Länderveranstaltungen durchführen. In den Fokus rücken dabei neue Märkte – beispielsweise die Mongolei – die bisher durch die Berliner Wirtschaft kaum oder gar nicht bedient wurden oder Regionen mit internationalen Großereignissen, wie zum Beispiel Brasilien mit der Fußball WM 2014 oder Olympia 2016.

- an der Evaluierung des Förderprogramms des Landes Berlin „Neue Märkte erschließen“ mitwirken.
- neue Messestandorte zusammen mit den relevanten Berliner Hauptakteuren der Außenwirtschaft auswählen und testen.



Isabel Riele

Robert Riele GmbH & Co. KG

„Mehr Exporte aus Berlin heißt auch Wachstum der Berliner Wirtschaft. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir unbedingt weiter schreiben. Deshalb müssen wir neue Absatzmärkte erforschen, das Wissen darüber mehren und Reisen in die Zielgebiete unternehmen – am besten von der Politik flankiert. Denn gutes politisches Klima hilft dem wirtschaftlichen Austausch oft auf die Sprünge.“

Nachhaltige Bürokratieentlastung: Weniger ist oft mehr

Ab Eins macht jeder Seins – aber wer macht Meins? Das fragt man sich, wenn man ratlos im Berliner Verwaltungslabyrinth den Zugang zum richtigen Ansprechpartner sucht. Man findet: Eine undurchsichtige Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen gesamtstädtischer und bezirklicher Ebene und unabgestimmte Verwaltungsstrukturen sowie unterschiedliche Verwaltungsverfahren in den einzelnen Bezirken. Das Ergebnis: die Berliner Wirtschaft wird erheblich durch die Bürokratie belastet und der Standort Berlin dadurch geschwächt. Diese grundsätzlichen bürokratischen Hindernisse für die Wirtschaft können nur durch

- die Abschaffung der zweistufigen Berliner Verwaltung und ihre Überführung in einen einstufigen Aufbau überwunden werden.

Zumindest ist es jedoch notwendig:

- eine eindeutige Zuständigkeitsaufteilung zwischen Senat und Bezirken sowie einheitliche Verwaltungsstrukturen zu schaffen,
- die Vereinheitlichung des Vollzugs sicherzustellen,
- die Optimierung und Standardisierung von Prozessen anzugehen
- und den Ausbau des Informationsangebotes in allen Bezirken voran zu treiben.

Die IHK Berlin wird daher:

- in Gesprächsrunden für die Einführung einer einstufigen Verwaltungsstruktur in Berlin eintreten. Sie wird dabei auf die übergangsweise Optimierung des zweistufigen Verwaltungsaufbaus drängen, indem sie ineffizientes und wirtschaftsfeindliches Verwaltungshan-

deln benennt und Ansätze zur Verbesserung aufzeigt.

- die dauerhafte und nachträgliche Etablierung der Bürokratiekostenbemessung nach dem Standardkostenmodell (SKM) in der Berliner Verwaltung mit einem transparenten SKM-Verfahren einfordern, um für die Wirtschaft die Ergebnisse des Verfahrens bei der Prüfung von Gesetzen und Verordnungen nachvollziehbar zu halten, bereits bestehende Informationspflichten wirtschaftsfreundlich zu vereinfachen und eine kostensparsame Umsetzung neuer Gesetze und Verordnungen zu gewährleisten.
- die Umsetzung der Vorschläge zur Senkung der Bürokratiebelastung fordern, die im Rahmen der Vorbereitung zur Einführung der Standardkostenmethode von der Wirtschaft vorgelegt wurden und zu einem großen Teil bereits durch einen optimierten Verwaltungsvollzug realisiert werden können.
- im politischen Dialog den Senat drängen, das von IHK und Handwerkskammer entwickelte StarterCenter stärker als bisher als Basis für E-Government-Lösungen bei wirtschaftsrelevanten Verwaltungsverfahren zu nutzen.
- den Unternehmensservice (Bestandspflege) von Berlin Partner weiterhin mit Service- und Beratungsangeboten an die Unternehmen unterstützen. Dazu gehören zum Beispiel Ausbildungsplatz-, Nachfolge-, Praktikanten- und weitere Börsen, Beratung zur Außenwirtschaft oder auch Fachveranstaltungen.



A portrait of Victor von Seyfried, a middle-aged man with short brown hair and glasses, wearing a dark blue suit jacket, a light blue checkered shirt, and a yellow patterned tie. He is smiling slightly and standing in front of a bookshelf filled with books. The background is slightly blurred, showing a green bookshelf on the left and a white bookshelf on the right.

Victor von Seyfried

Generalagentur der Gothaer Versicherung

„Es ist unnötig und ärgerlich, dass Berlin es immer noch nicht geschafft hat, mittels einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltungsstruktur entsprechende Signale an die Unternehmen der Stadt und potentielle Neuansiedler zu senden. Der Standortvorteil „Wirtschaftsfreundliche Verwaltung“ würde Berlin gut zu Gesicht stehen und den Unternehmen mehr Zeit für ihre Kernaufgaben bescheren.“

Haushaltspolitik: Sparen und trotzdem Zukunft gestalten

Jedes Jahr zahlt jeder Berliner rund 700 Euro Zinsen für den gigantischen Schuldenberg der Stadt. Der Berliner Haushalt weist schon jetzt eine Verschuldung von 63 Milliarden Euro auf, die in den nächsten Jahren noch weiter anwachsen wird. Wenn die Politik hier nicht entschieden gegensteuert, bleibt bald überhaupt kein Bewegungsspielraum mehr.

Da kann man schon fast sagen „Grundgesetz sei Dank“, nun ist bald Schluss mit dem Schuldenmachen. Nur ist das leichter gesagt als getan, denn verschärfend kommt das Auslaufen des Solidarpakts hinzu.

Das Loch, das zu stopfen ist, ist groß – die Herausforderung ebenso:

- Haushaltskonsolidierung ist die wichtigste Aufgabe der Berliner Politik,
- auch wenn gleichzeitig zukunftsgestaltende Investitionen in die Infrastruktur nicht ausbleiben dürfen
- und sich weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen verbieten, weil sie den Wirtschaftsstandort Berlin ernsthaft gefährden würden.

Die IHK Berlin wird daher:

- weiterhin im Dialog mit Senat und Parteien auf eine nachhaltige Konsolidierung des Berliner Haushalts mit dem Ziel des Schuldenabbaus und Einhaltung der Schuldenbremse drängen.
- konkrete Vorschläge für weitere Einsparpotenziale im Haushalt durch gezielte Betrachtung einzelner Ausgabenblöcke unterbreiten

und deren Erschließung in politischen Gesprächen und Veranstaltungen einfordern.

- den Senat von Berlin durch Fortführung der Gewerbesteuerinitiative weiterhin auffordern, den Hebesatz für die Gewerbesteuer auf das Umlandniveau zu senken und auf die Erhöhung und die Einführung weiterer Abgaben wie zum Beispiel der City Tax zu verzichten.
- in einem Positionspapier der Berliner Wirtschaft die wesentlichen Eckpfeiler einer Grundsteuerreform aufzeigen, die Mehrbelastungen der Wirtschaft vermeidet und Bürokratie abbaut und diese Leitlinien mit der Politik diskutieren, unter anderem im Rahmen eines parlamentarischen Abends.
- die Gespräche mit der Politik für ein einfaches, transparentes, gerechtes und wettbewerbsfähiges Steuerrecht fortsetzen, insbesondere auf eine Abschaffung der Ausnahmetatbestände im Umsatzsteuerrecht und einen stufenweisen Abbau von Subventionen im Dialog mit der Politik drängen.
- für eine Nachbesserung der Unternehmenssteuerreform und Erbschaftssteuerreform werben.

Dr. Stefan Romberg

PUK WERKE KG Kunststoff-Stahlverarbeitung GmbH & Co.

„Ein gesunder Berliner Haushalt ist Voraussetzung für die Entlastung der Berliner Unternehmen, die insbesondere für den Mittelstand nötig ist, um wettbewerbsfähig zu sein. Entschlossenes Sparen einerseits und wachstumsförderndes Investieren andererseits erfordern politisches Fingerspitzengefühl.“

IMPRESSUM

Herausgeber

IHK Berlin
Fasanenstraße 85
10623 Berlin
Telefon: +49(0)30 31510-0
Telefax: +49(0)30 31510-166
E-Mail: service@berlin.ihk.de
www.ihk-berlin.de

Gestaltung

Thomas Röhlich
IHK Berlin

Fotos im Innenteil

Fotostudio Charlottenburg
www.studio-charlottenburg.de

Druck

Druckerei Hermann Schlesener KG
Ullsteinstraße 108
12109 Berlin
www.schlesener.de



